

Ausgliederung

Der Wandel des FCK vom eingetragenen Verein zum Fußballunternehmen

Anfang der 2000er-Jahre ging mit Borussia Dortmund der erste Fußballverein in Deutschland medienwirksam als Unternehmen an die Börse. Dies spiegelt die Tendenz der Clubs in Deutschland seit der Jahrtausendwende wider, der immer weiteren Professionalisierung des Fußballs auch dadurch Rechnung zu tragen, dass der Spielbetrieb nicht mehr von eingetragenen Vereinen, sondern von Fußballunternehmen getragen wird.

Der größte Vorteil, welchen die Verantwortlichen der Vereine sahen und bis heute sehen, ist die Vereinfachung des Akquirieren von Investoren, die mit ihrem Geld für die Wettbewerbsfähigkeit im modernen Fußball sorgen sollen.

Dieser Strömung entsprechend gab es rund um den [Betzenberg](#) nach der finanziellen Schieflage ab 2002 immer wieder Diskussionen um eine Ausgliederung der Fußball-Profis. Der Kulturkampf zwischen den ökonomisch denkenden Anhängern und den Traditionalisten wurde mal intensiver, mal weniger aktiver ausgefochten, mündete aber kurz vor dem erstmaligen Abstieg in die 3. Liga in der Mitgliederabstimmung über das Herauslösen des Profi-Betriebs (bestehend aus der 1. Mannschaft sowie den Jugendmannschaften bis einschließlich zur U17) aus dem e.V. und das Einbringen in einer Fußball-GmbH & Co. KGaA.

Am 03.06.2018 wurde dieser Schritt mit über 92 % Zustimmung beschlossen, womit auch eine Veränderung in der [Organisationstruktur](#) mit der Einführung eines Beirats als Kontrollorgan des e.V. gegenüber der GmbH einherging. Über das "Lautrer Modell" sollte es über die kommenden Jahre möglich gemacht werden, sowohl regionale Unternehmen (Säule 1), große Finanzinvestoren (Säule 2), stille Gesellschafter (Säule 3) als auch Fans (Säule 4) als Anteilseigner zu gewinnen, um dem FCK damit dringend benötigtes Kapital einzubringen.

Seitdem sind die SPI GmbH (Saar-Pfalz Invest GmbH) und die Pacific Media Group (PMG) als Investoren in Säule 1 eingestiegen. Die Fansäule (4) kann voraussichtlich erst 2025 geöffnet werden, was steuerliche Gründe hat.